

FDP-Ortsverbände

Achern-Achertal
Kehl-Hanauerland
Lahr
Oberkirch-Renchtal
Offenburg-Ried

Liberales Forum

Ausgabe September - Dezember 2016

Freie Demokraten

FDP

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, liebe Interessierte an liberaler Politik, genießen Sie die Weihnachtszeit und den Jahreswechsel, schalten Sie vom politischen Geschehen ruhig einmal mehrere Tage im Kreise von Familie, Freunden oder Bekannten ab. Das sagen wir, die Vorsitzenden der FDP-Ortsverbände, weil Sie die liberale Politik schon sehr früh im Jahr 2017 wieder einfangen wird.

Vor uns liegt ein bedeutsamer Urnengang, die Wahl zum Deutschen Bundestag im September 2017. Es geht um nichts weniger als um den Wiedereinzug der Liberalen in das höchste parlamentarische Gremium der Bundesrepublik.

Das liberal gesinnte Deutschland schaut auf Baden-Württemberg. Von uns, dem Stammland der Liberalen, wird ein Zweitstimmenergebnis erwartet, das deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Helfen Sie der FDP, unseren beiden Kandidaten aus den Wahlkreisen „Offenburg“ und „Emmendingen / Lahr“. Sprechen Sie in Ihrem Umfeld darüber, weshalb es wichtig ist, dass der Deutsche Bundestag wieder eine liberale Stimme erhält. Äußern Sie Ideen, den Wahlkampf attraktiv und damit erfolgreich zu gestalten.

Mit liberalen Grüßen

Hedwig Jundt, Jochen Schilling, Dr. Roland Giebenrath, Matthias Kappis und Trutz-Ulrich Stephani

Inhalt dieser Ausgabe

Seite 1

- Grußwort der FDP-Ortsverbandsvorsitzenden
- FDP-Ortsverband Achern-Achertal aktuell

Seite 2

- FDP-Ortsverband Oberkirch-Renchtal aktuell
- Mannheimer Bürokratie im Quadrat

Seite 3

- Ortsverband Kehl-Hanauerland aktuell
- Kommentar: Gemeinde- und Landkreisordnung

Seite 4

- FDP-Ortsverband Lahr aktuell
- verdiente Mitglieder im Portrait: Hans Waeldin
- Graf Lambsdorff sprach in Kehl zu Europa

Seite 5

- FDP-Ortsverband Offenburg/Ried aktuell
- Pascal Kober zu Besuch in Offenburg
- Arbeitskreis „Kommunalpolitik“
- Vorbereitungen zur Bundestagswahl 2017

Seite 6

- Streitgespräch zum Thema „Wahlrecht“
- Weihnachts- und Neujahrsgrüße
- Impressum

Ortsverband Achern-Achertal aktuell

Reizthema in Achern: Verlegung der Achertalschule

Es bestehen deutliche Bestrebungen, die Achertalschule, eine Förderschule aus der Kernstadt von Achern 2017 in den Stadtteil Fautenbach zu verlegen. Der FDP-Ortsverband Achern-Achertal hat sich in dieser schwierigen und für die Schullandschaft weitreichenden Frage positioniert.

Mitgetragen und begrüßt wird, nach vielen kontrovers ausgetauschten Meinungen in Politik und Bevölkerung, ein **Mediationsverfahren** durchzuführen. Sollte im Dialog der Beteiligten (Politik, Eltern) keine Einigung erzielt werden, ist für die FDP ein **Bürgerentscheid** zur Standortfrage unerlässlich (Verbleib am alten Standort oder Verlagerung).

Der FDP-Ortsverband Achern-Achertal sieht den Betrieb der Achertalschule (Bild: Eingangsbereich) als belebenden Teil des innerstädtischen Geschehens und durch die zentrale Lage große Vorteile für Eltern und Schüler.

In der weiteren Diskussion wird die FDP darauf drängen, Schüler, Eltern und Lehrer frühzeitig in den Abstimmungsprozess einzubinden und dem **Elternwillen** vermehrt Rechnung zu tragen.



Liberaler Politik für Bürgerinnen und Bürger in

- Achern
- Kappelrodeck
- Lauf
- Ottenhöfen
- Sasbach
- Sasbachwalden
- Seebach

www.fdp-ortenau.de

Ortsverband Oberkirch-Renchtal aktuell

Im FDP-Ortsverband Oberkirch-Renchtal hat sich im August 2016 unter der Leitung von **Hedwig Jundt** (Vorsitzende des Ortsverbandes) und **Dr. Johannes Huber** (Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Ortenau) eine Projektgruppe konstituiert, die sich mit der **Stadtentwicklung in Oberkirch** (21.000 Einwohner) auseinandersetzt.

Ausgangspunkt für die Arbeit der Gruppe waren folgende Sachverhalte und örtliche Probleme:

- Zunehmende **gewerbliche Leerstände** in Oberkirch mit erhöhter Leerstandsdauer.
- Ein offenkundiger Mangel in Oberkirch, auf Nachfragen zu gewerbliche Baugrundstücken zeitnah reagieren zu können.
- Ablehnende Haltung der Stadt bei der gewünschten Ansiedlung eines größeren Einzelhandelsbetriebes.
- Sichtbarer Entwicklungsfortschritt in den benachbarten Gemeinden Achern, Appenweier und Bühl bei gleichzeitigem **Entwicklungsstillstand** in Oberkirch.

Liberaler Politik für Bürgerinnen und Bürger in

- Bad Peterstal-Griesbach
- Lautenbach
- Oberkirch
- Oppenau
- Renchen

Die Arbeitsgruppe „Stadtentwicklung Oberkirch“ wird fachlich unterstützt von Dr. Michael Büsselmaier, Baudirektor a.D. sowie Stadt- und Regionalplaner, Vorstandsmitglied des FDP-Ortsverbandes Kehl-Hanauerland.

Mit folgenden Bereichen der Stadtentwicklung setzt sich die Arbeitsgruppe derzeit und künftig kritisch auseinander:

- Zeitgemäßes **Leitbild** für die Stadt Oberkirch und Forderung nach einem Leitbildprozess.
- **Zukunft des Einzelhandels**; kritische Beurteilung des städtischen Einzelhandelskonzepts und Leerstände.
- Defizit und Angebot für **gewerbliches Bauland**.
- **Wohnraumangebot** in Oberkirch und Möglichkeiten der Wohnraumbereitstellung.
- Entwicklung von **Landwirtschaft** und **Weinbau**.
- Entwicklung im **Hotel- und Gaststättengewerbe**.

Die Arbeitsgruppe tagt regelmäßig, arbeitet kreativ und kooperativ. Sie wünscht sich einen Dialog mit weiten Teilen der Bevölkerung, den Gewerbetreibenden, mit Vereinen und Verbänden. Sie versteht sich nicht als Nörgler oder Besserwisser.



Oberkirch: Attraktiver Stadtkern mit gepflegtem Gebäudeensemble. Ist die Stadt auch für die Herausforderungen der Zukunft gerüstet?

Die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden am 17. September 2016 der Öffentlichkeit präsentiert. In einem platzierten und pointierten **Pressebericht** in der „Mittelbadischen Zeitung, Ausgabe Oberkirch“ stellte der FDP-Ortsverband

Oberkirch-Renchtal seine Vorstellungen über ein Leitbild für Oberkirch, ein verbessertes Leerstandmanagement sowie die kritische Haltung zur Gestaltungssatzung „Stadtkern Oberkirch“ vor.



Die Hauptstraße von Oberkirch; für die FDP müssen die Rahmenbedingungen für den Einzelhandel verbessert werden.

Mit dem **Leitbildprozess** soll eine breit-angelegte Initiative angestoßen werden, wohin sich Oberkirch in den nächsten Jahrzehnten orientieren will und wo es 2035 stehen wird. Ein von der FDP vorgeschlagenes **Leerstandskataster** soll als Entscheidungshilfe der örtlichen Wirtschaftsförderung dienen, Leerstandzeiten zu verkürzen und Ansiedlungsanreize für Oberkirch zu schaffen.

Die Arbeitsgruppe „Stadtentwicklung Oberkirch“ wird ihre Arbeit konsequent fortsetzen, den Kontakt mit anderen suchen und der Öffentlichkeit in einzelnen Schritten berichten.

Mannheimer Bürokratie im Quadrat

Die Verwaltungsspitze der Stadt Mannheim verkauft sich regelmäßig als vorbildlich in Fragen der Bürgernähe und der Verwaltungsvereinfachung. Der Fall des Mannheimer **Baurechts** ist ein Musterfall unnötiger **Bürokratie**; er ist geeignet, mit einfachen Mitteln **Bürokratieabbau** zu demonstrieren.

Ein Bebauungsplan bestimmt mit Zeichnung und Texten, was auf einem Grundstück zulässig und unzulässig ist. Hier ein Auszug aus dem **Bebauungsplan „Wallstadt-Nord“** der Stadt Mannheim:

„In dem mit „XY“ bezeichneten Wohngebiet nach §4 der BauNVO sind in Verbindung mit §1, Abs. 2, Nr. 1 der BauNVO im Erdgeschoss nur Nutzungen nach §4, Abs. 2, Nr. 2 der BauNVO zulässig. Von den in §4, Abs. 2, Nr. 3 genannten Anlagen sind nur solche zulässig, die der Betreuung und Pflege älterer Menschen vorbehalten sind. Ausnahmen nach §4, Abs. 3 der BauNVO sind gemäß §1, Abs. 6, Nr. 1 der BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes“.

Wenn ein Normalbürger dies nicht versteht, sollte er nicht an sich zweifeln. Dieser ist völlig normal und befindet sich in bester Gesellschaft mit fast allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Ohne Verlust an Rechtssicherheit und Aussagekraft mit Mut zum **Bürokratieabbau** und zur **Bürgerfreundlichkeit** bedeutet diese, für jeden Bauherrn wichtige Regulierung nichts anderes als:

„Im mit „XY“ bezeichneten Gebiet sind im Erdgeschoss nur kleine Läden, Gaststätten, nicht störende Handwerksbetriebe und Einrichtungen zur Betreuung älterer Menschen erlaubt“.

Für diese Aktion wurde einem FDP-Mitglied des Kreisverbandes Ortenau 2002 bundesweit ein Innovationspreis verliehen.

Ortsverband Kehl-Hanauerland aktuell

Der FDP-Ortsverband Kehl-Hanauerland hat sich, nach den Neuwahlen im Juni 2016, bezogen auf das politische Geschehen in der Stadt Kehl eindrucksvoll zurückgemeldet. Drei Themen haben dabei großes Medieninteresse hervorgerufen:

- FDP-Haltung zu einem Baugebiet „Oase“ in der Kehler Innenstadt, eine weitgehend ungenutzte Fläche als Baulandreserve mit Schwerpunkt „Wohnungsbau“.
- FDP-Haltung zur Verbesserung der innerstädtischen Verkehrssituation sowie zum **Abbau von Gefahrenpunkten**.
- FDP-Haltung zur Nachnutzung der 2017 aufzugebenden **Werkrealschule** im Stadtteil Kehl-Bodersweier.



Ausschnitt aus dem künftigen Baugebiet „Oase“ (Schnellimbiss in stillgelegter Tankstelle, Bauruine, Park- und Stellplätze); Foto: FDP-Ortsverband.

Bei dem Neubaugebiet „Oase“ bezieht die FDP eine deutlich andere Haltung als eine Bürgerinitiative und der Kehler Arbeitskreis „Stadtentwicklung“. Für die FDP ist die „Oase“ ein geeigneter Standort, die **Innenstadt zu verdichten** und durch „Wohnen“ weiter zu beleben.

In der **Verkehrsplanung** hat die FDP der Verwaltung mehrere Vorschläge unterbreitet, den Verkehrsfluss innerhalb des Stadtgebietes zu erleichtern (Standortvorschläge für „grüne Pfeile“ an ampelgesteuerten Kreuzungen), überflüssige Ampeln nachts abzuschalten und einen Gefahrenpunkt für Fußgänger und Radfahrer zu beseitigen.

Beim politischen Dauerbrenner „Nachnutzung der Werkrealschule in Kehl-Bodersweier“ positioniert sich die FDP für eine Auffangkonzeption zum **Kindergarten**, zur **Grundschule** sowie zur **Ganztagesbetreuung**.



Die Werkrealschule in Kehl-Bodersweier; die Nutzung nach Schließung im Juni 2017 ist in Kehl ein politischer Dauerbrenner. Die FDP hat sich positioniert.

Liberaler Politik für Bürgerinnen und Bürger in

- Appenweier
- Kehl
- Rheinau
- Willstätt

Kommentar: Gemeinde- und Landkreisordnung

Die Gemeinde- und Landkreisordnung Baden-Württemberg wurde 2015 von der grün-roten Landesregierung in Teilen neu gefasst. Großes Oberziel der Novelle war, so die parlamentarische Mehrheit, die „Stärkung ehrenamtlich Tätiger sowie der Bürgerrechte“ und „mehr Demokratie in den Kommunen“.

Umgesetzt werden sollte dies in folgenden neuen Regularien für das **Bürgerbegehren** und den **Bürgerentscheid**:

- Erweiterung des Themenkatalogs über das Handlungsspektrum bei Reduzierung des Negativkatalogs.
- Verlängerung der Fristen sowie Absenkung der Quoren.

Das hört sich gut an, entspricht liberalem Demokratieverständnis und lässt sich politisch gut vermarkten. Es stellt sich jedoch die Frage nach der **Tauglichkeit**, besonders bei Kommunen mit Entwicklungsaufgaben und besonderen Vorhaben.

„Die Novellierungsinhalte sind ein echter Spagat zwischen Bürgerwillen und Freibierdemokratie“.

Die Herabsetzung der Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid von 10 auf 7 % Unterschriften der Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde (Unterschriftenquorum) ist in der Praxis bedenklich, stärkt **Partikular- und Einzelfallinteressen**.

Neben der Quorensenkung ist in der novellierten Fassung der Gemeinde- und Landkreisordnung das inhaltliche Spektrum eines Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids erweitert worden. Auch wurde der Positivkatalog auf Maßnahmen von Trägern über die kommunalen Ebenen ausgedehnt (z.B. bei der Planung von Landesstraßen als Ortsumgehungsstraßen).

Bauleitplanung mit traditionell verankerter Bürgerbeteiligung, eine originäre Aufgabe der Kommunen, wurde im neuen Positiv- und Negativkatalog gespalten. Der Aufstellungsbeschluss zur Neufassung von Flächennutzungs- und Bebauungsplänen kann jetzt mit einem Bürgerbegehren / Bürgerentscheid verhindert oder inhaltlich modifiziert werden. Für weitere Verfahrensschritte in der Bauleitplanung ist dies nicht mehr möglich.

Ein erfolgreiches Bürgerbegehren im sehr frühen Stadium einer Bauleitplanung verhindert damit im Einzelfall Projekte, deren Inhalte noch nicht präzisiert worden sind und greift einer gesetzlich verankerten Bürgerbeteiligung vor.



Quorensenkung und Spektrumserweiterung werden in der Praxis umstritten sein. Es werden, nach mehrjähriger Erfahrung im Umgang mit der modifizierten Gemeinde- und Landkreisordnung, **drei Effekte** prognostiziert:

- Es wird erleichtert, wichtige kommunale Vorhaben durch Einzelinitiativen zu verhindern.
- Entscheidungen gewählter kommunaler Mandatsträger werden häufiger aufgehoben, als dies bisher der Fall war.
- Es wird künftig schwieriger werden, geeignete, qualifizierte Personen für kommunale Mandate zu gewinnen.

Kommentar von Dr. Michael Büsemaker (Kommentar ist nach Presserecht deutlich gekennzeichnet worden)

FDP-Ortsverband Lahr aktuell

„Kritische Auseinandersetzung mit der aktuellen Flüchtlingspolitik und Einstimmung auf die Bundestagswahl 2017“. Das waren die Generalthemen der von **Matthias Kappis** geleiteten Mitgliederversammlung des FDP-Ortsverbandes Lahr im September 2016. Hier eine Zusammenfassung der Inhalte:

- Für die Flüchtlingsaufnahme fehlt es in Deutschland an klaren Regelungen; wir brauchen ein Einwanderungsgesetz.
- Die Wählerwanderung zum rechten Rand der Gesellschaft ist nur aufzuhalten, wenn die demokratisch gesinnte Politik den Menschen zuhört und durch solide Arbeit Ängste abbaut.
- Die FDP steht für „Mut statt Angst“ und wird 2017 der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag schaffen.

An der vom FDP-Ortsverband Lahr organisierten Fahrt zum Europäischen Parlament (auf Einladung des FDP - Abgeordneten **Michael Theurer**) nahmen im Oktober 42 Personen teil.

Liberaler Politik für Bürgerinnen und Bürger in

- Ettenheim
- Friesenheim
- Kappel-Grafenhausen
- Kippenheim
- Lahr
- Mahlberg
- Meißenheim
- Ringsheim
- Rust
- Schuttertal
- Schwanau
- Seelbach

verdiente Mitglieder im Portrait: Hans Waeldin

Es war 1946; zwei Jahre nach dem Ende eines verheerenden Weltkriegs. Deutschland, in Sektoren aufgeteilt, sah sich einer ungewissen Zukunft gegenüber. In diesem Jahr 1946 stellte sich in Baden-Württemberg die Deutsche Volkspartei (DVP), die später in die FDP überging, den Landtagswahlen.

Es erfüllt den FDP-Kreisverband Ortenau mit Stolz, einen Mann in seinen Reihen zu wissen, der 1946 mit damals 16 Jahren der DVP beitrat und 1948 zu den Gründungsmitgliedern der FDP gehörte.

Hans Waeldin, einer von uns mit Wohnsitz in Lahr, wird 2018 der FDP 70 Jahre angehören. **Hans Waeldin** ist Ehrenmitglied des FDP-Kreisverbandes Ortenau. Er wurde am 17. Februar 1930 in Freiburg geboren und wuchs in Lahr auf. Beruflich arbeitete er 40 Jahre im Gerbergewerbe. Der FDP - Kreisverband Ortenau wird ihn, ebenso wie seine Schwester **Eva Waeldin** beim FDP-Neujahrsempfang 2017 erneut ehren.



Es würde den Rahmen eines Kurzportraits sprengen, alle Parteiämter und Aktivitäten von **Hans Waeldin** aufzuzählen; einige Stationen: Mitglied des Vorstandes im FDP-Bezirksverband Südbaden, des Kreisvorstandes Ortenau sowie des Ortsverbandes „Lahr“. 1989 kandidierte er für die FDP bei der Europawahl und fuhr ein Ergebnis von 12 % ein.

Fragt man **Waeldin** nach seiner politischen Botschaft, kommt die Antwort sehr spontan: „Der Staat solle sich in die Belange des Bürgern nur einmischen, wie unbedingt nötig. Den Menschen sollte man soviel Freiheit wie möglich belassen“.

Graf Lambsdorff sprach in Kehl zu Europa

„Am Rand zur Europäischen Union haben sich die Verhältnisse extrem verändert. Wir müssen unsere Sicherheitsstrategie und unser diplomatisches Verhalten neu überdenken“. So kann man den Abend mit **Alexander Graf Lambsdorff** am 25. Oktober 2016, der auf Einladung des FDP-Ortsverbandes Kehl-Hanauerland im gut besetzten Zedernsaal der Kehler Stadthalle referierte, auf einen kurzen Satz bringen.

Graf Lambsdorff, **Vizepräsident** des Europäischen Parlaments und **FDP-Präsidiumsmitglied** ging intensiv auf die Rolle Russlands zur Europäischen Union und in der Ukraine ein. Er beleuchtete den schwierigen Umgang mit den Menschenrechten in der Türkei, aber auch die Bedeutung des Staates durch seine geografische Lage. Er analysierte die politische Situation in Syrien und Lybien, warf in beiden Fällen der Bundesregierung ein falsches und Nicht-Handeln vor.



Graf Lambsdorff (links) mit Dr. Johannes Huber, dem Moderator des Abends (Foto: FDP-Ortsverband Kehl-Hanauerland)

„Die laufenden Sanktionen gegen Russland sind richtig; denn Russland stört das Zusammenleben in Europa; dennoch muss weiterverhandelt werden. Die Türkei entferne sich zunehmend von europäischen Werten; der EU-Beitrittsprozess mit der Türkei solle daher beendet werden, da die derzeitigen Verhandlungen unehrlich seien. Lybien ist nach der Revolution ein gescheiterter Staat in der Gewalt der Milizen, gleichzeitig aber Durchgangsstaat für Flüchtlinge“. So lassen sich die Beiträge von Graf Lambsdorff zusammenfassen.

Er plädierte für einen **wirksamen Schutz der Außengrenzen** der Europäischen Union und für eine verbesserte Zusammenarbeit der Nachrichtendienste, auch zur Wahrung der inneren Sicherheit. Die **militärische Zusammenarbeit** in der Europäischen Union müsse effektiver koordiniert werden, auch für den Fall, dass die vereinigten Staaten künftig ihre militärischen Positionen nach der Präsidentenwahl neu definieren.

„Alles ist relativ“ (Albert Einstein).
Frage: „Alles ist relativ; was glauben Sie, was Enten und Gänse von Weihnachten und Neujahr halten?“
Antwort: „Eher gar nichts; denn die Meisten landen in der Bratenröhre“.

FDP-Ortsverband Offenburg/Ried aktuell

„Rechenschaftsberichte und Neuwahlen“; das waren die Themen aus der **Mitgliederversammlung** des FDP-Ortsverbandes Offenburg/Ried am 15. November 2016.

Trutz-Ulrich Stephani wird dem Ortsverband für zwei weitere Jahre vorstehen. Die Mitglieder wählten **Martin Gassner** zum Stellvertreter, **Mathias Buchholz** zum Schriftführer und **Pascal Ruf** zum Schatzmeister. Die Notwendigkeit eines zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wurde nicht gesehen.

Die Riege der Beisitzer bekleiden Rita Klee, Tanja Schwarz, Daniel Götz, Erdogan Akbay und Werner Hogenmüller.



Trutz-Ulrich Stephani, Kandidat des Wahlkreises 284 (Offenburg) für die **Wahl zum Deutschen Bundestag** im Jahr 2017 nutzte die Zählpausen, über den Stand der Vorbereitungen zum Wahlkampf und seine **politischen Prioritäten** zu berichten.

Auf Podiumsdiskussionen, an Wahlständen und im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern wird er folgende Themen in den Vordergrund stellen: **Bürgerrechte, Freiheit, soziale Marktwirtschaft, Friedenspolitik.**

Liberaler Politik für Bürgerinnen und Bürger in

- Durbach
- Hohberg
- Neuried
- Offenburg
- Ohlsbach
- Ortenberg
- Schutterwald

Pascal Kober zu Besuch in Offenburg

Welche Aufgaben hat ein Militärfarrer im Rahmen eines Blauhelmeinsatzes der Vereinten Nationen in Mali?

Diese und andere Fragen beantwortete **Pascal Kober** bei seinem Besuch auf Einladung des FDP-Ortsverbandes Offenburg am 15. November 2016.

Ein Militärfarrer betreut die dort stationierten Soldaten; Schwerpunkte liegen im Abhalten von Gottesdiensten und in der Seelsorge. Die an ihn herangetragenen Probleme sind vielschichtig: Psychosoziale Beratung bei Lagerkoller, private Konflikte durch das Getrenntsein von Familien, Ängste vor Anschlügen, Konfrontation mit den Lebensverhältnissen in Mali, Depressionen als Folge von wenig Außenkontakten.



Pascal Kober, Mitglied der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages von 2009 – 2013 und amtierender Militärfarrer spannte den Bogen seines Referats von der militärischen Notwendigkeit der UN, in Mali schützend aktiv zu sein, die zunehmende Präsenz des Islamischen Staates und der Tuaregs, das sehr ausgeprägte Korruptionsverhalten in Mali, die militärische Ausbildung der einheimischen Soldaten bis hin zur wirtschaftlichen Situation des zentralafrikani-

schen Staates Mali. Drei Grundsätze zogen sich wie ein roter Faden durch die Abendveranstaltung:

- Soldaten haben einen Anspruch auf **Militärseelsorge.**
- Das Recht der Freiheit des Deutschen Volkes muss verteidigt werden.
- Die **Verteidigung Deutschlands** beginnt nicht erst an den Grenzen der Bundesrepublik.

Arbeitskreis „Kommunalpolitik“

Die FDP-Ortsverbände Achern-Achertal, Kehl-Hanauerland und Oberkirch-Renchtal haben im Sommer 2016 entschieden, einen gemeinsamen Arbeitskreis „Kommunalpolitik“ zu gründen. Die **konstituierende Sitzung** des Arbeitskreises fand am 30. November 2016 in Appenweier statt. Gast und Referent des Abends war **Patrik Hauns**, Bereichsleiter der Großen Kreisstadt Bruchsal für „Bildung, Soziales und Sport“ und im Städte- tag Baden-Württemberg ein bekannter und gefragter sozialpolitischer Strategie. Er sprach zu folgendem Generalthema des Abends: **Was können Kommunen für Familien tun?**

Patrik Hauns stellte das Landesprojekt **„Familienbewusste Kommune Plus“**, ein Angebot der „Arbeitsgemeinschaft Netzwerk Familie Baden-Württemberg“ den interessierten Zuhörern vor. Dieses Netzwerk unterstützt Kommunen in ihrem Bestreben, familienbewusste Politik voranzubringen und mit dem entsprechenden Zertifikat ausgestattet zu werden.

Diskutiert wurden über Handlungsfelder wie „Beziehungen der Generationen, Bildung und lebenslanges Lernen, Förderung und Unterstützung der Familie sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Die Mitglieder des Arbeitskreises werden in ihrer Kommune jetzt über Möglichkeiten sprechen, die gegebenen familien-



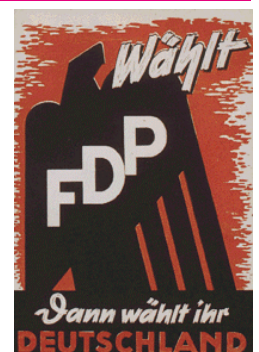
bewussten Ansätze weiter zu vertiefen, das Beratungsangebot des Netzwerks anzunehmen oder bestehende Leit-

bilddiskussionen mit dem Schwerpunkt „Familienpolitik“ weiter anzureichern (Abbildung: Patrik Hauns links und Dr. Michael Büsselmaier, Organisator).

Vorbereitungen zur Bundestagswahl 2017

Das Wahlkampfteam, bestehend aus erfahrenen und motivierten Liberalen um den Kandidaten Trutz-Ulrich Stephani (Wahlkreis „Offenburg“) hat im September 2016 seine Arbeit aufgenommen.

Im Februar 2017 wird Trutz-Ulrich Stephani seine Wahlkampfprioritäten und sein Wahlprogramm der Öffentlichkeit vorstellen (Abbildung: FDP-Plakat aus 1953).



Streitgespräch zum Thema „Wahlrecht“

Schon mit Einführung des „Liberalen Forums“ war es einer der Grundgedanken, nicht nur aktuell über unsere Ortsverbände zu berichten, sondern Meinungen zu unterschiedlichen Themen zu beleuchten. Mit dem Diskussionsthema „Wahlrecht“ starten wir eine neue Reihe „Streitgespräch“

„Zwei Mitglieder, zwei Meinungen“.

Dennis Durban, Bezirksvorsitzender der Jungen Liberalen Südbaden, ergreift Partei für das aktuelle Landtagswahlrecht. Der Schatzmeister des Ortsverbandes Achern-Achertal, **Christian Satta** sieht das Listenwahlrecht mit Zweitstimme, praktiziert bei der Bundestagswahl, als das bessere System an.

Dennis Durban zum Landtagswahlrecht

Mein favorisiertes Wahlrecht ist das Landtagswahlrecht. Dieses bietet gerade für die Kandidaten einer Partei einen hohen Anreiz, um einen guten Wahlkampf zu machen. Dies liegt daran, dass über Wohl und Wehe, ob man in das Parlament einzieht, einzig und allein **das persönliche Ergebnis im Wahlkreis** entscheidet. Man hat großen Einfluss, das Ergebnis positiv für sich zu entscheiden; aber auch die Ergebnisse anderer Kandidaten der gleichen Partei spielen hier eine Rolle.

Anders ist es beim Bundestagswahlrecht. Dort wird mit der Aufstellung der Landesliste bereits deutlich, wer nach der Wahl Chancen auf Einzug in den Bundestag hat. Letztendlich liegt es am Wahlergebnis, wie viele Kandidaten in den Bundestag einziehen. Dieses System kann auf Kandidaten, die auf dem Listenparteitag wenig führende oder nicht aussichtsreiche Plätze belegen, demotivierend sein. Im Übrigen sind solche **Listenparteitage** nicht so demokratisch, wie es beim Landtagswahlrecht der Fall ist. Bei diesen Parteitag hat eine relativ geringe Anzahl von Menschen hohen Einfluss auf das Gesicht einer Partei für die kommende Legislaturperiode.

Ist es nicht besser, wenn die Bevölkerung hierauf einen größeren Einfluss hätte, wie es im Landtagswahlrecht gegeben ist? Aus diesen Gründen sehe ich das Landtagswahlrecht als deutlich demokratischeres System als das Bundestagswahlrecht an.

Christian Satta zum Bundestagswahlrecht

Mein favorisiertes Wahlrecht ist das Bundestagswahlrecht. Gerade für uns Freie Demokraten halte ich das Zweitstimmenwahlrecht für die geeignetste Variante. Eine Partei kann durch dieses Wahlrecht besser bestimmen, wen sie in das Parlament schickt; Parlamentsarbeit ist eine **anspruchsvolle Aufgabe**, die Voraussetzungen erfordert. Gerade für Parteien, die mit nur wenigen Direktmandaten gesegnet sind, ist es unabdingbar, auch die **kompetentesten Personen** an der Spitze ihrer Landeslisten zu platzieren.

Beim Landtagswahlrecht läuft man die Gefahr, dass die gewählten Abgeordneten fachlich, altersmäßig oder regional alle aus demselben oder ähnlichen Bereich stammen und nur einen Bruchteil der Gesellschaft repräsentieren. Anhand



einer Listenaufstellung können wir als Delegierte unser Fachpersonal für das jeweilige Parlament selbst wählen. Jedoch spreche ich mich für eine Reformierung unseres Delegiertenwahlrechts aus. Des Weiteren bietet das Bundestagswahlrecht auch engagierten Kandidaten eine Chance, die sich nicht in Hochburgen der eigenen Partei zur Wahl stellen; dies ist ein entscheidender Nachteil des Landtagswahlrechts. Man kann als Kandidat einen noch so guten Wahlkampf machen; am Ende ist man immer auch abhängig von einer Struktur des Wahlkreises und seinen regionalen Gegebenheiten.

Somit wäre durch eine Listenaufstellung eine gewisse **Chancengleichheit** zwischen den Kandidaten gegeben. Aufgrund dieser Argumente bin ich der festen Überzeugung, dass wir das Listenwahlrecht auch auf Landesebene anwenden sollten.

Weihnachts- und Neujahrsgrüße der Redaktion

Kleine Fußballkunde zu Weihnachten und zum neuen Jahr 2017: „Ein Spieler befindet sich in einer Abseitsstellung, wenn er der gegnerischen Torlinie näher ist als der Ball, wenn er der gegnerischen Torlinie näher ist als der vorletzte Gegenspieler und er sich in der gegnerischen Spielhälfte befindet“.



Das Redaktionsteam des „Liberalen Forums“ wünscht allen FDP-Mitgliedern, Interessenten und Personen, die dem liberalen Gedanken nahestehen, ein **ruhiges, besinnliches Weihnachtsfest** und für 2017 **Zufriedenheit, Gesundheit, Glück und Erfolg**.

Impressum und Kontakte

FDP-Ortsverband Achern-Achertal Christian Satta
0175-33913697 satta@julius-ortenau.de

FDP-Ortsverband Kehl-Hanauerland Dr. Roland Giebenrath
dr-giebenrath@giebenrath.eu

FDP-Ortsverband Lahr Matthias Kappis 0172-7649023
mail@kappis.de

FDP-Ortsverband Oberkirch-Renchtal Hedwig Jundt
07802-5387 jundt.oberk@t-online.de

FDP-Ortsverband Offenburg Trutz-Ulrich Stephani
0176-74104928 trutz-ulrich-stephani@fdp-ortenau.de

„Liberales Forum“: Redaktionelle Verantwortung

Dr. Michael Büssemaker 07851-7959024 0176-32811850
dr.buessemaker@web.de und Dennis Durban 07844-2033
0176-63414683 durban@julius-suedbaden.de

Das „Liberales Forum“ erscheint alle vier Monate. FDP-Mitglieder, die sich einbringen möchten, sind willkommen.